

1959

Österreichs politische Situation ist gekennzeichnet:

- 1.) Vom System der totalen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ, die durch die Theorie des Gleichgewichtes noch verstärkt wird.
- 2.) Von der organisatorischen, personellen und taktischen Schwäche der ÖVP, die zu einer zunehmenden Widerstandslosigkeit dieser Partei führt.
- 3.) Von der Unsicherheit über den Ausgang der persönlichen und ideologischen Machtkämpfe in der SPÖ, die nicht vorhersagen lassen, welchen Kurs eine sozialistische Mehrheitspartei steuern würde.
- 4.) Vom Negieren der FPÖ durch die Koalitionsparteien, obwohl deren 8 Mandate eine Realität und für eine freie Mehrheitsbildung im Nationalrat entscheidend sind.

In der politischen Auseinandersetzung und Planung sind aber noch zu beachten:

- 1.) Die Entideologisierung der Politik, die im Gegensatz zur Vorkriegszeit politische Aktionen nicht mehr mit Religionskriegen verwechselt.
- 2.) Die soziologische Entwicklung, durch die wohl die Zahl der Selbständigen ab- und die der Unselbständigen zunimmt, aber auch die Klassengegensätze verwischt werden und eine immer breiter werdende Schicht von Arbeitern ins Kleinbürgertum aufsteigt.
- 3.) Das Heranwachsen der Jugend, für die 1945 das politische Jahr 0 bedeutet und die mit Parolen der Vergangenheit nichts anzufangen weiß, der man außer dem Lebensstandard bisher keine Aufgaben gestellt hat, die jedoch trotz dieses Versäumnisses im Kern so gut Jugend ist wie jede vor ihr; wie bei jeder jungen Generation hat auch sie lediglich andere Ausdrucksformen als die Alten.
- 4.) Das zunehmende partei- und sozialpolitische Unbehagen im Volke, über das uns die hohen Wahlbeteiligungen nicht hinwegtäuschen dürfen.

Die totale Koalition und die Theorie des Gleichgewichtes mußten zu einer immer stärkeren Annäherung ^{der Praxis} und damit auch der Stimmen der beiden Großparteien führen, da sie selbst in der Zeit des ÖVP-Mandatsüberhanges der SPÖ in den entscheidenden Gremien der Parität einräumten. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß in keiner Phase der

2. Republik ein echtes Gleichgewicht zwischen den beiden großen politischen Lagern (nicht Parteien!) herrschte und daß die "paritätischen Kommissionen" nicht paritätisch zusammengesetzt wurden - nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern -, sondern nur dem Parteiproporz in der Koalition entsprechen.

Zur Koalition ist vor allem zu sagen, daß selbst die Wähler von ÖVP und SPÖ vor allem eine dieser beiden Parteien wählen, weil sie wollen, daß diese ihre Ziele durchsetze. Die Zusammenarbeit zweier im Grundsätzlichen so verschiedener, ja einander ausschließender Parteien ist eigentlich nur in nationalen Notzeiten vertretbar. Aber selbst wenn wir der Meinung anhängen, daß auch unsere Gegenwart noch eine nationale Notzeit wäre - da wir uns in unserer exponierten Lage den offenen politischen Interessenkampf nicht leisten können, wir aber auch nicht Gefahr laufen dürfen, der SPÖ für eine Periode die Alleinregierung anzuvertrauen, müssen wir uns bewußt bleiben, daß in der Regierung die beiden Parteien nicht nur für ihre Wähler zu handeln berufen sind, sondern für das ganze politische Lager, dessen Vormacht sie besitzen.

Diese Lager aber sehen so aus (zur Vereinfachung Mandate der Rechten - ÖVP + FPÖ - gegenüber denen der Linken - SPÖ + KPÖ - seit 1945):
1945 85 : 80; 1949 93 : 72; 1953 88 : 77; 1956 88 : 77; 1959 87 : 78.
Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wahlen 1953 und 1959 der SPÖ jeweils mehr Stimmen, der ÖVP aber ein Mandat mehr eingebracht, also das Gleichgewicht zwischen diesen beiden hergestellt hätten. Die beiden großen Lager links und rechts sind, wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, nicht nur sehr stabil geblieben, es hatte die Rechte auch stets ein deutliches Übergewicht.

Über diese Tatsache geht die totale Koalition zugunsten der Linken hinweg. So kommt zwangsläufig der heutige Zustand zustande: Die beiden Parteien sind wohl an einen Karren gespannt, ziehen aber in verschiedenen Richtungen. Da sich die ÖVP in die Defensive drängen ließ, bewegt sich der Karren in Etappen immer weiter nach links; und das im Gegensatz zum wirklichen Mehrheitswillen des Volkes.

++++

Die Entideologisierung der Politik wird oft mit Grundsatzlosigkeit verwechselt. Nichts ist falscher als das. Sie bedeutet nur eine Entschärfung der politischen Auseinandersetzung und die gerade für die Linke peinliche Entdeckung, daß ihre Kader weder bereit sind, für die

Ideologie auf den Barrikaden zu sterben, noch auch, für diese im Zwang der Organisation zu leben. Man muß die Entideologisierung im Zusammenhang mit der soziologischen Entwicklung sehen, die zu einer Persönlichkeitsbildung aus dem Proletariat heraus führte, mit allen Vorteilen für die Rechte und der wachsenden Schwierigkeit der Linken, die selbstbewußt gewordenen Arbeiter weiter als anonyme Masse zu behandeln. Man wird sie allerdings nicht zu sich herüberziehen, wenn man die ihnen nicht mehr angemessene Partei lediglich zu überbieten strebt. Der Arbeiter, der mit seinem Gott Marx auch seine politische und gesellschaftliche Heimat verloren hat, sucht nach neuen Leitbildern und Räumen.

Die Jugend schließlich, der man noch überhaupt keine Leitbilder gegeben hat, wird so lange dem besseren Demagogen zufallen, so lange niemand von ihr wirklich etwas fordert. Wie ihr ernstes Streben um die Berufsausbildung aber zeigt, ist sie durchaus bereit, um ein lohnendes Ziel auch Opfer auf sich zu nehmen und sich einzusetzen.

+ + +

Wir sind davon überzeugt, daß eine Mehrheit der SPÖ nur durch eine klare Mehrheit der ÖVP verhindert werden kann. Dazu muß aber die ÖVP selbst diese Mehrheit wirklich wollen, nach diesem Wollen handeln, und das auch aussprechen.

Die einzige wahre Frontstellung heißt rechts gegen links. Auf dieser Grundlage ist dann eine Arbeitsteilung zwischen ÖVP und FPÖ denkbar, die auf das Ziel des Einbruchs in das linke Lager gerichtet ist. Es soll auf jeder Ebene und bei jeder Entscheidung geprüft werden, welche der beiden Parteien in der gegebenen Situation die besseren Chancen hat, und diese hat dann, ohne von der anderen gestört zu werden, an die Front zu gehen. Im ideologischen Werben um den selbstbewußt gewordenen Arbeiter ist ein so großes Feld gegeben, daß sich die beiden Parteien nicht stören können, wenn sie solche Störungen zu vermeiden beabsichtigen.

Die ÖVP muß veranlaßt werden, nicht unter allen Umständen an das gegenwärtige Koalitionssystem zu glauben. Sie kann noch für eine gewisse Übergangszeit die Zusammenarbeit mit der SPÖ aufrechterhalten, aber unter einem gelockerten Koalitionspakt und mit der Möglichkeit, die wirklichen Mehrheitsverhältnisse ins Spiel zu bringen.

Die ÖVP muß sich aus dem Nebel der Parität befreien. Die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen müßte zusammengesetzt sein:

Arbeitgeber Handels- und Landwirtschaftskammer, Arbeitnehmer Arbeiter- und Landarbeiterkammer. Und wenn es schon zum neuen Stil unserer Staatspolitik gehört, bedeutende Aufgaben den berufsständischen Körperschaften und von ihnen zu beschickenden Kommissionen zuzuweisen - ein durchaus erfolgversprechender Weg - dann sind in solche Kommissionen alle Kammern, auch die kleinen, aufzunehmen und hat der ÖGB in ihnen keine Daseinsberechtigung, da auf der anderen Seite auch nicht freiwillige Berufsverbände in diese Kommissionen aufgenommen werden; z.B. die Industriellenvereinigung.

+ + +

Über das gesagte hinaus ist von der ÖVP zur Meisterung der gegenwärtigen Situation zu fordern:

Diese Partei muß sich darüber im Klaren sein, daß sie in den letzten Monaten ständig Feld an die Linke verloren hat. Sie muß erkennen, daß die SPÖ ebenso an der Erhaltung der Koalition interessiert ist, wie die ÖVP selber; der Magnet für die SPÖ ist ihre Beteiligung an der Macht, sie kann diese nicht aufgeben, ohne viel von ihrer Anziehungskraft zu verlieren, das zeigt sich ganz deutlich während der jüngsten Regierungskrise. Die ÖVP muß einen klaren, harten Kurs gehen, denn nur eine Partei, die sich durchzusetzen gewillt ist, hat Aussichten, gewählt zu werden. Dazu muß aber die Parteireform wieder aufgenommen werden, und zwar sowohl im ideologischen, als auch im personellen Bereich. Die Partei hat in ihren unteren Positionen genug gute Kräfte, sie hat diesen nur Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten zu geben, dann wird ihr Nachwuchsmangel behoben sein. Die Partei muß alle ihre Bünde, Gliederungen und Funktionäre auf das Grundsatzprogramm verpflichten, sie hat die Politik nicht länger nur empirisch zu betreiben, sondern politische Grundsatzforschung betreiben zu lassen und ihre Aktionen nach deren Ergebnissen zu gestalten.

Der Bundesparteiobmann ist zu bewegen, die ihm statutenmäßig zustehende Macht auch wirklich einzusetzen. Er soll sich zur Unterstützung und als Gegengewicht gegen die bündischen und sonstigen Sonderinteressen ein Gremium der Landesparteiobmänner als Stimme der Partei an die Seite stellen.

+ + +

Es darf allerdings nicht alle Verantwortung für unsere heutigen Zustände der ÖVP aufgelastet werden. Jedermann im bürgerlichen Lager

trägt einen Teil der Schuld, da wir alle uns zu wenig energisch gegen den verderblichen Weg gestellt haben. Eine Besserung ist daher nicht von Parteireformen und -aktionen allein zu erwarten, sondern wird erst durchgreifend möglich sein, wenn die entscheidenden Kräfte hinter den beiden Rochtsparteien erkannt haben werden woran wir sind und was nötig ist. Wenn zugleich das öffentliche Gewissen nicht länger schläft, sondern dauernd mahnt und rät, aber auch mit schärfster - rechtzeitig!- Verurteilung nicht spart.

Über allem Tages- und Interessenstreit auch zwischen uns dürfen wir nie vergessen: Der Kollektivismus jeder Farbe und Gestalt ist die uns am Leben bedrohende Gefahr, ihn gilt es zu bekämpfen.

Nicht minder wichtig ist die klare und kompromißlose Linie in unserer außen- und wirtschaftspolitischen Orientierung.

Wir können schließlich den Materialismus nicht mit einem noch grösseren Materialismus besiegen wollen; dabei geben wir uns selber auf. Wir brauchen Selbstbewußtsein, klaren Blick und Mut - auch den Mut, uns von falschen Freunden klar zu trennen, an die Stelle der Lizitationspolitik die Politik des gesunden MenschenVerstandes zu setzen, der Sicherheitsneurose mit der kalten Dusche des Lebensrisikos zu begegnen. Von den Menschen fordern, nicht ihnen alles versprechen!

Die Sache der Freiheit und der Persönlichkeit wird nur gerettet werden, wenn wir selber, jeder einzelne und alle miteinander, frei und eigenständig sein wollen - aber auch darnach leben. Wir müssen das uns zugemessene Teil der Verantwortung erkennen und übernehmen.